Pressemitteilung des kollektiven Zentrums vom 13.06.2015

Wir vom kollektiven Zentrum bespielen ein offenes kulturelles, politisches und soziales Zentrum, welches wir auf Grund der zahlreichen unkommerziellen Angebote und unseren hunderten Nutzer_innen weiter erhalten wollen. Auf das Gebäude wurde sich im Vorfeld monatelang beworben, bis nach der ewigen Hinhalte-Taktik der LIG und dem damit verbunden weiteren Leerstand der Gebäude keine andere Möglichkeit mehr bestand als eine öffentliche Besetzung zu tätigen aus der dann legale Mietverträge vom 11.09.2014 hervorgingen.

In den letzten Tagen entstand allerdings der Eindruck, dass wir zum Spielball allgemeinpolitischer Spiele und Strömungen werden. Es scheint so, als ob es nicht um eine politische Diskussion zur Klärung des Umgangs der Stadt Hamburg mit einem Zentrum wie dem hiesigen ginge – vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass die politische Großwetterlage in uns ein Thema gefunden hat, um das Sommerloch zu überstehen und sich an uns abzureagieren.

Nachfolgend versuchen wir transparent zu machen, wie wir zu einer solchen Auffassung kommen.

Gegenüber dem derzeitigen Mietvertragspartner – dem Verein KuNaGe e.V. – teilte der LIG (Landesbetrieb Immobilien- und Grundvermögen) zum 01.04.2015 mit, dass das Grundstück am Schultzweg an die HBK veräußert worden sei, so dass wir bereits zum 01.04.2015 in der HBK eine neue Vertragspartnerin haben würden:

„Das o. g. bestehende Vertragsverhältnis geht ab dem 01.04.2015 an den Käufer Grundstücksgesellschaft Münzstraße gefördertes Wohnen mbH & Co. KG ABC-Str. 45, 20354 Hamburg über. […] Bis dahin zahlen Sie weiterhin gemäß § 5 des Mietvertrages vom 11.09.2014 an das Sondervermögen Schulimmobilien.“ (LIG, 18.02.2015).

In diesem Zusammenhang stellte uns die HBK als neue Eigentümerin die Fernwärme am 23.03.2015 ab. Nun mussten wir zum 25.06.2015 feststellen, dass offenbar der LIG nach wie vor Besitzerin der Gebäude ist, zumindest geht dies aus einem Schreiben mit einer offenen Kündigungs-Drohung zum 15.06.2015 hervor.

Dieser Ablauf ist für uns überaus undurchsichtig und legt verschiedene interne Absprachen zwischen dem halbstädtischen LIG und dem privaten Investor HBK nahe, die nicht einmal für uns als direkt betroffene Vertragspartner nachvollziehbar sind.

Darauf folgend konnten einige Falschaussagen des LIG am 09.06.2015 aufgedeckt werden, als Vertreter_innen aller Beteiligten und Politiker_innen zu einem gemeinsamen Gespräch beisammen saßen. So wurde offenbar, dass der LIG uns zwar als „Besetzer_innen“ in die Medien

bringt, jedoch gleichzeitig unsere zahlreichen Zwischennutzungsanträge oder unsere offizielle Anmietung des Außengeländes nie weiter kommuniziert hat, nachdem der LIG uns schon die Jahre zuvor bezüglich einer Zwischennutzung wie wir sie zur Zeit haben, hingehalten hat.

Nun dachten wir, mit dem Gespräch am 09.06.2015, endlich eine kommunikative Grundlage mit dem LIG gefunden zu haben. Es wurden klare Abmachungen bzgl. der Begehung des ehemaligen Kita-Gebäudes getroffen, unter denen wir dieser zu Donnerstag dem 11.06.2105 zugestimmt haben. Eine davon war die namentliche Nennung der an der Begehung beteiligten Personen, sowie deren Auftrag und die zu begehenden Räume.

„ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir Ihnen die Namen sämtlicher Teilnehmer an der Begehung des Schulgrundstücks Münzstraße (15.06.2015 um 09.00 Uhr) am Freitag nennen können." (LIG, 11.06.2015).

Obwohl noch zum 11.06.2015 dieser Aufforderung schriftlich von der LIG zugesagt wurde, liegt uns bis jetzt keine Auflistung der bei der Begehung anwesenden Personen vor, somit müssen wir schon jetzt davon ausgehen, mit der Begehung und den inhärenten Vorhaben der LIG über den Tisch gezogen zu werden. Aus einem Schreiben der LIG geht lediglich hervor, dass Personen aus den jeweiligen Kreisen bei der Begehung dabei seien, die von uns zuvor eingereicht wurde. Es fehlen also jegliche schriftliche, namentliche Nennung, Beweggründe sowie zu begehende Räumlichkeiten. Der mündlichen Zusage vom 09.06. und der schriftlichen Zusage vom 11.06. wurde damit nicht entsprochen. Für uns steht wieder völlig offen, womit wir am 15.06.2015 um 9.00 Uhr zu rechnen haben.

„vielen Dank für Ihre E-Mail vom 11.06.2015, in der Sie den Begehungstermin am 15.06.2015 bestätigen. Von unserer Seite werden voraussichtlich folgende Personen teilnehmen:

- *Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (2 Vertreter)*
- *HBK Hanseatische BauKonzept GmbH & Co.KG (2 Vertreter)*
- *Nord Project Immobilien und Beteiligungsgesellschaft mbH (2 Vertreter)*
- *BBI Geo- und Umwelttechnik Ingenieur-Gesellschaft mbH (Sachverständigenbüro für Schadstoffbegutachtung) (3 Vertreter)*
- *Vattenfall (1 Vertreter)"*

(LIG, 12.06.2015).

Das macht uns traurig und unsicher, gingen wir doch von einem Entgegenkommen aus, das auch im Beisein von Politiker_innen angekündigt wurde. Es scheint so, als setze der LIG auf Eskalation, tritt dieser doch hier eindeutig als politische Akteurin auf. Wir möchten darauf verweisen, dass momentan etwa 150 Ermittlungsverfahren gegen angebliche Hausbesetzer_innen von dem LIG geführt werden, welcher gleichzeitig systematischen Leerstand verwaltet.

Hierbei verweisen wir erneut auf unsere mit der Stadtteilinitiative Münzviertel zum 11.06.2015 rausgegebenen Pressemitteilung. Es sei nicht zu vergessen, dass es sich bei dem Verkauf der

ehemaligen Gehörlosenschule um die Veräußerung eines Filetgrundstücks mit Hauptbahnhofnähe handelt und hier somit nicht nur Investor_innen- sondern ebenso politische Interessen eine Rolle spielen. Der Neubau ist nach wie vor als unsozialer Wohnungsbau abzulehnen.

Wir fragen uns, was für Motive ein normalerweise intransparent und geheim agierendes Organ wie das LKA, bzw. der Staatsschutz dazu bewegt, interne Einschätzungen der Öffentlichkeit zuzuspielen. Wir verweisen hierbei auf den Artikel im Hamburger Abendblatt vom 09.06.2015. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Fülle an expliziten angeblichen Informationen, eine politische Stimmung erzeugen sollte, die unser Projekt diskreditieren und den konservativen Oppositionskräften Tür und Tor für Hetzereien öffnen sollte. Nach wie vor scheint die CDU Themen und somit Möglichkeiten zu suchen, Stimmung gegen die anderen Fraktionen zu machen. Dabei sei nicht zu vergessen, dass Joachim Lenders, Sprecher der DPolG (Deutsche Polizeigewerkschaft), der sich in der Öffentlichkeit mal wieder durch Hetze gegen emanzipatorische Politik hervortut, auch für die CDU in der Hamburger Bürgerschaft sitzt.

Zusammenfassend wollen wir nochmals darauf verweisen, dass wir für unsere Forderungen einstehen werden. Es scheint uns derzeit so, dass wir als politischer Spielball benutzt werden und sind nicht bereit, uns diesem Spiel hinzugeben und konservativer Presse und Politik die Deutungshoheit zu überlassen. Dazu gehört für uns ein weiterhin transparentes Arbeiten und Kommunizieren mit allen Beteiligten.

das kollektive Zentrum.